

Elisabeth Jeggle

Ihre Stimme in Europa



Infobrief aus Straßburg 19. - 23. November 2012

Keine Vergemeinschaftung nationaler Schulden!

Das Europaparlament stimmte am Dienstag für den Bericht "Auf dem Weg zu einer echten Wirtschafts- und Währungsunion". In diesem wird eine Vertiefung der währungspolitischen Integration gefordert, um die EU auf den Pfad finanzieller Stabilität und wirtschaftlicher Erholung zu bringen.



Auch ich bin der Meinung, dass kosmetische Korrekturen nicht reichen und dass wir noch mehr Koordination in der EU benötigen. Außerdem müssen die Auswirkungen einer Trennung von Geschäftsbanken (z.B. Sparkassen und Volks-/Raiffeisenbanken) und Investmentbanken (Großbanken,

die mit Wertpapieren handeln) geprüft werden.

Die genannten Neuerungen trage ich mit. Dennoch habe ich mich bei der Endabstimmung gegen den Bericht ausgesprochen, da der Paragraph zur Einführung eines gemeinsamen europäischen Schuldentilgungsfonds nicht aus dem Bericht heraus gestimmt werden konnte. Hierbei würden alle Schulden, die die 60%-Marke der Gesamtschuldenlast eines jeden Mitgliedstaates übersteigen, von der EU gemeinschaftlich getragen.

Eine Vergemeinschaftung nationaler Schulden kann nicht im deutschen Sinne sein und wird folglich von der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament konsequent abgelehnt. Weitere Informationen finden Sie hier.

Abschaffung der ungeliebten "Traktorensitz-Richtlinie"

Am vergangenen Dienstag erreichte das Europäische Parlament in Straßburg die Abschaffung der aus dem Jahr 1978 stammenden "Richtlinie über Umsturzschutzvorrichtungen für land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen auf Rädern" und machte damit einen wichtigen Schritt hin zur Entbürokratisierung der Europäischen Vorschriften.

Ziel der einst auf Grund einer bayrischen Versicherungsstreitfrage formulierten Normierungs-Richtlinie war es, die Sicherheit von Landwirten zu gewährleisten. Nun wurde diese Normierung nach einem sechsjährigen Verfahren durch Regelungen für einheitliche Sicherheitsanforderungen abgeschafft. Dies ist auch für mich, die lange Jahre in der Landwirtschaft tätig war, ein wohlthuendes Stück Bürokratieabbau, für das ich lange Jahre gekämpft habe. Die Sicherheit wird unter dieser Abschaffung nicht leiden.



EU-Haushalt 2014-2020: Mitgliedstaaten tragen Verantwortung!

Zu dem am 22. und 23. November 2012 stattfindenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) von 2014 bis 2020 fand im Straßburger Plenum am Mittwoch eine Aussprache mit EU-Kommissionspräsident Barroso sowie mit Vertretern der Mitgliedstaaten statt.

Die EU-Kommission schlägt in ihrem Haushaltsentwurf einen Etat von ca. 973 Mrd. € vor. Das Europäische Parlament erachtet diese Summe als Mindestbudget, wohingegen der Europäische Rat Kürzungen in Höhe von 75 Mrd. bis 150 Mrd. € durchsetzen möchte.



Klar ist, in Zeiten der Krise müssen nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern auch die Europäische Union als Ganzes sparen. Aber wie sehr unser mit einem gemeinsamen Binnenmarkt verflochtenes Europa auf EU-finanzierte grenzüberschreitende Projekte angewiesen ist, wissen Wenige. Außerdem gehen 94% des Geldes aus den Nationalstaaten im Rahmen grenzüberschreitender Projekte wieder in diese zurück, was sich im Falle von Baden-Württemberg an dem so wichtigen Projekt der transeuropäischen Verkehrsnetze zeigt.

Darüber hinaus können die Nationalstaaten der EU nicht dauernd mehr Kompetenzen übertragen, ohne die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Für ein schlagkräftiges Europa in einer globalisierten Welt brauchen wir einen angemessenen Mehrjährigen Finanzrahmen 2014-2020. EU-Parlamentspräsident Martin Schulz regt unterdessen einen EU-Haushalt für ein Jahr an, sollten die Verhandlungen scheitern. Unter diesem Link finden Sie zusätzliche Informationen.

Keine unkontrollierte Schiefergasgewinnung in Europa!

Mit der Abstimmung über zwei Entschlüsse zur Schiefergasförderung am Mittwoch, schuf das Europaparlament einen stabilen Rechtsrahmen für die in einigen EU-Ländern angestrebte Förderung von Schieferöl und -gas.

Die Gewinnung von natürlichem Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten durch neue Fördertechnologien (sog. Fracking) birgt hohe finanzielle Investitionen zur Schaffung der notwendigen Infrastruktur, die laut Parlamentsbeschluss vollständig von der Industrie getragen werden müssen. Da Fracking zudem dem Vorwurf unterliegt, umweltgefährdende Chemikalien zu verwenden, sind hier insbesondere ökologische und gesundheitliche Auswirkungen in den Vordergrund zu stellen. Dennoch, angesichts einer unsicheren Energiezukunft sowie einer steigenden Nachfrage an Energie sollten wir neue Fördertechnologien nicht von vorneherein ausschließen.

Vor effizienten und zugleich umweltverträglichen Methoden der Energiegewinnung sollten wir daher nicht die Augen verschließen. Unter diesem Link erhalten Sie Näheres zur Abstimmung. Informationen über die im Schiefergasabbau angewandte Frackingtechnik finden Sie hier.



*mit herzlichen Grüßen
Ihre Elisabeth Jeggler*

Elisabeth Jeggler MdEP

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Anschrift Europäisches Parlament

Europäisches Parlament
Rue Wiertz – ASP 10E 209
B-1047 Brüssel

Tel. 0032 - 2 - 284 5351

Fax 0032 - 2 - 284 9351

elisabeth.jeggler@europarl.europa.eu

Anschrift Europabüro

Elisabeth Jeggler
Bahnhofstr. 8
D-88250 Weingarten

Tel. 0751 - 560 92 530

Fax 0751 - 560 92 550

kontakt@euroeggler.de

**Elisabeth Jeggler,
Mitglied des Europäischen Parlaments**